



.....

Ausbildungsplätze: Wirtschaftsministerium gefordert

„Die bayerischen Zahnärzte haben trotz schwieriger gewordener wirtschaftspolitischer und gesundheitspolitischer Rahmenbedingungen einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, daß Bayern im bundesweiten Vergleich in der Lehrstellenbilanz wiederum einen Spitzenplatz eingenommen hat,“ so der bayerische Wirtschaftsminister *Dr. Otto Wiesheu* in einem Schreiben an die BLZK.

Während im Bundesgebiet die Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge für Zahnmedizinische Fachangestellte in diesem Jahr um 0,42 % stieg, haben die bayerischen Zahnärzte fast 10 % zusätzliche Ausbildungsplätze (gegenüber 2002) angeboten. Insgesamt standen im September 2003 2.771 neue Ausbildungsplätze in den Zahnarztpraxen des Freistaates zur Verfügung. Damit nimmt die BLZK bundesweit eine Spitzenposition ein, gefolgt von Baden-Württemberg (+ 4,99 %), Berlin (+ 2,00 %) und Nordrhein-Westfalen (+ 1,43 %).

Für *Michael Schwarz*, Präsident der BLZK, hat die Anerkennung Wiesheus einen bitteren Beigeschmack: „Es ist unmöglich, weiter in diesem Maße auszubilden, wenn uns nicht endlich neue Wege eröffnet werden, um den laufend steigenden Anforderungen und Belastungen auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gerecht werden zu können. Was fehlt, ist z.B. eine neue Honorierungssystematik, die die völlig veraltete GOZ ablösen soll.“ Der bayerische Wirtschaftsminister sei gefordert, die BLZK bei ihren Aktivitäten zu unterstützen. Auch im Hinblick auf die Möglichkeit der selektiven Kostenerstattung für Zahnbehandlungen sei das Engagement des Wirtschaftsministers vonnöten. ik

.....

Mehr als „schlechter Stil“

Ulla Schmidt zeigt mit dem aus ihrem Ministerium im April veröffentlichten „Schwarzbuch gegen die Gesundheitsreform“ nicht nur fehlende Souveränität, sondern gibt damit ein nahezu unglaubliches Beispiel für den Verfall der politischen Kultur in der

Sozialpolitik. Um von der eigenen Verantwortung für eine mißglückte Gesundheitsreform abzulenken, schlägt sie auf die Heilberufe ein. Schon die Einleitung läßt Schlimmes ahnen: „Die Fülle und die Dreistigkeit von Vorfällen läßt auf kriminelle Energie einerseits und fehlendes Rechtsbewußtsein andererseits schließen.“ Die „Beispiele aus der Praxis“ münden alle in der gleichen Aussage: Ärzte haben sich „illegal“ verhalten. Dem folgen wahllos aneinandergereihte Medienberichte und Briefe unter Überschriften wie „falsches Spiel“, „GKV-Patient als Goldesel“. Das letzte Kapitel widmet sich den „Diffamierungen“ gegenüber der Ministerin. Schlimm genug, ein solches Papier zu erstellen, noch bedenklicher allerdings, es zuerst der Presse zu geben, ohne mit den Ärzten vorher das Gespräch gesucht zu haben. ik

.....

Teurer Aufwand

100 Tage im Amt hat die Patientenbeauftragte der Bundesregierung, *Helga Kühn-Mengel*, als „Sprachrohr“ der Bürgerinteressen bisher noch wenig von sich hören lassen. Eher muß sie derzeit als „Klagemauer“ des Gesundheitsministeriums in Sachen Praxisgebühr herhalten. Dafür erhält Kühn-Mengel allerdings neben den weiterlaufenden Abgeordnetenbezügen ein „Schmerzengeld“ von 19.200 Euro an Aufwandsentschädigung und einen Dienstwagen. Als größter Brocken in ihrem aktuellen Gesamthaushalt von knapp 200.000 Euro sind neben den Verwaltungskosten mit 85.000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit 68.000 Euro bereitgestellt, während die Aushilfskräfte relativ bescheiden mit 25.000 Euro entlohnt werden. Wesentlich teurerer wird allerdings die noch einzurichtende Geschäftsstelle kommen, die laut Stellenplan nicht nur eines Leiters, sondern auch eines Juristen und eines Mediziners bedarf. Ein persönlicher Referent, Fahrer, Vorzimmerdame und zwei Sachbearbeiter werden das Team vervollständigen. Der Bundestag hat dafür drei Neueinstellungen zu genehmigen, während die anderen Positionen aus dem Mitarbeiterfundus des BMGS bestückt werden. Abgesehen von den Kosten stellen sich Kritiker bereits jetzt die Frage



nach der Unabhängigkeit einer Patientenbeauftragten, die als SPD-Expertin selbst an der Praxisgebühr „mitgestrickt“ hat und jetzt direkt im Ministerium sitzt. hg

Radikale Sozialreformen

Die unzureichende Sozialreform der Bundesregierung hat das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IdW) zu einem Vorschlag der drastischen Umstrukturierung aller Zweige der Sozialversicherung veranlaßt. Erhofft werden Einsparungen von 44 Milliarden Euro im Jahr und mehr als 500.000 neue Arbeitsplätze.

Zahnbehandlung und Zahnersatz sollten in der GKV komplett privat versichert werden. Zusammen mit einer „weiteren Durchforstung“ des Leistungskatalogs könnten 11,8 Milliarden Euro pro Jahr gespart werden. Außerdem schlagen die Wissenschaftler eine pauschale Gesundheitsprämie in Höhe von 185 Euro monatlich vor, die die lohnbezogenen GKV-Beiträge ersetzen soll. Der nötige Ausgleich für Geringverdiener (knapp 19 Milliarden Euro pro Jahr) soll dadurch finanziert werden, daß der Arbeitgeberanteil der Prämie mit dem Bruttolohn ausgezahlt und versteuert wird. Das brächte dem Fiskus 12,9 Milliarden Euro. Der Fehlbetrag soll durch Abbau von Steuervergünstigungen aufgebracht werden.

In ihrem Gesamtpaket fordern die Forscher die Beschränkung der Pflegeversicherung. Das Eintrittsalter in die Rentenversicherung sollte außerdem kurzfristig auf 67 Jahre erhöht werden, um die Ausgaben der Rentenkasse jährlich um 5,4 Milliarden Euro zu senken. Ferner sei die Unfallversicherung für Arbeitnehmer zu privatisieren. Mit Umsetzung dieser Reform könnte der von Arbeitgeber und -nehmer zu zahlende Gesamtbeitragssatz aller Sozialversicherungen von 42 auf 37,5 Prozent sinken. ik

Patientenkarte - Chaos-Chip

Die Einführung der Gesundheitskarte – geplant zum Jahresanfang 2006 – verzögert sich voraussichtlich um zwei Jahre. Besser

lange Gesichter im Bundesgesundheitsministerium, als eine Blamage der beteiligten Firmen, diese Einsicht bricht sich offenbar beim Computerriesen IBM und der Orga-Kartensysteme GmbH Bahn, nachdem die Schwierigkeiten ein Chaos in der Größenordnung von Toll-Collect erwarten lassen. Weder Praxen und Apotheken noch Krankenhäuser sind in absehbarer Zeit in der Lage, den zu sammelnden Datenwust im neu zu knüpfenden Netz zu verwalten. Über den Schutz dieser sensiblen Daten und das informationelle Selbstbestimmungsrecht wird derzeit heftig gerungen. Geplant ist, daß die elektronische Karte sämtliche Krankheitsdaten, Patienten- und Arztakten genauso wie Rezepte künftig elektronisch gespeichert und den Krankenkassen zugänglich macht.

Die Anschubkosten dafür belaufen sich nach ersten Schätzungen auf 1,3 Milliarden Euro. Die laufenden Betriebsausgaben sollen laut Meldung der Wirtschaftswoche 130 Millionen Euro jährlich betragen. wiwo/hg

Globudent: Geld verschenkt?

Die Staatsanwaltschaft Wuppertal hat 2,5 Millionen Euro des Globudentvermögens beschlagnahmt. Auf dieses Geld haben jedoch zahlreiche Krankenkassen aufgrund einer Vereinbarung mit Globudent vorläufig verzichtet. Die Krankenkassen wollen vielmehr eventuell bestehende Forderungen durch Überzahlung gegenüber den 478 verdächtigen Zahnmedizinern im Falle des nachgewiesenen Betruges geltend machen. Bis zum Abschluß dieser Verfahren müssen sich damit auch die Versicherten gedulden. Erst wenn die Krankenkasse ihrerseits das Geld vom behandelnden Zahnarzt eingetrieben hat, soll der Patient informiert und seinerseits ebenfalls wieder nur vom Zahnarzt nicht weitergegebene Rabatte verlangen. Die dafür notwendigen Daten kämen, so die Vorstellung von *Wilfried Jacob*, Vorstandsvorsitzender der AOK Rheinland, von der KZV. „Globudent ist in diesem Zusammenhang für mich wenig interessant“, wälzt der Kassenfunktionär jede Verantwortung auf die Körperschaft ab. hg